

1000 gegen Nazis

Zweibrücken muss sich immer wieder der Einschätzung erwehren, Hochburg der Rechten zu sein. Gestern marschierte dort wieder der „Nationale Widerstand“. Demokratische Kräfte hielten dagegen.

VON BARBARA SITTINGER
UND GEORG ALTHERR

Mit lauten Pfiffen protestierten rund 1000 Menschen in der Zweibrücker Innenstadt gegen einen Aufmarsch von knapp 100 Neonazis, organisiert vom rechtsextremen „Nationalen Widerstand Zweibrücken“. Die Rechtsradikalen hatten einen „Trauermarsch“ angekündigt, zum Gedenken an die Opfer des alliierten Luftangriffs auf die Stadt während des Zweiten Weltkriegs. Sitzblockaden der Gegner konnten dies zunächst

FRIEDLICH
Hunderte Menschen hatten sich zur Kundgebung gegen Rechts auf dem Herzogplatz versammelt.



Bunte Buttons, Freiheitslieder und eine Minute des Schweigens für alle Opfer von Gewalt.

verhindern. Dabei kam es auch zu Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten. „Leichte Geplänkel“ hieß es später vonseiten der Polizei, die dazwischenging, Personen fest- und in Gewahrsam nahm, Platzverweise aussprach.

„Friedlich und freundlich“ verlief dagegen die Kundgebung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen Rechts auf dem Herzogplatz, an der sich mehr als 20 Redner von Schulen, demokratischen Parteien und Gewerkschaften beteiligten. Die Helfer um den Organisator der Gegendemonstration, SPD-Stadtrat Walter Rimbrecht, verteilten Buttons, die ein „buntes Zweibrücken“ beschworen. Zu Beginn der Veranstaltung legte Rimbrecht eine Schweigeminute ein „für alle Opfer der Gewalt und insbesondere die Opfer der Gewalt dieser Woche“. Später wurden Freiheitslieder gespielt.

Der Zug der „Nationalen Widerständler“ setzte sich schließlich rund zwei Stunden später als geplant in Bewegung. Deeskalationsteams der Polizei war es zuvor gelungen, eine Gruppe von vornehmlich Schülern dazu zu bewegen, ihre Sitzblockade aufzugeben. Um Konfrontationen zu vermeiden, leitete die Polizei den „Trauermarsch“ anschließend kurzfristig um. Dennoch kam es laut Polizei immer wieder zu Sitzblockaden und kleineren Störungen. „Es gab eine Festnahme wegen Beleidigung und passivem Widerstand, fünf Personen wurden in Gewahrsam genommen“, so ein Polizeisprecher gegenüber dieser Zeitung. Später konnte er hinzufügen, dass es keine Verletzten und keine Sachbeschädigungen gegeben hat.

Seit den 90er Jahren gibt es in Zweibrücken eine locker organisier-

AGGRESSIV
Unter starkem Polizeiaufgebot ging der Zug der Rechtsradikalen durch die Stadt. Dabei kam es immer wieder zu Gerangeln mit Gegendemonstranten. (fotos: steinmetz (3))



te Gruppe überwiegend junger Leute, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten und regelmäßig öffentlich auf sich aufmerksam machen. Aussteiger werden stetig ersetzt, die zentralen Personen der Gruppe, die sich inzwischen „Nationaler Widerstand Zweibrücken“ nennt, sind von Anfang an dabei und gehören reiferen Jahrgängen an. Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz beobachtet die Organisation seit Jahren und erwähnt sie regelmäßig in ihrem Jahresbericht. Die Nennung der Region „Zweibrücken-Westpfalz“ als eine der Hochburgen der Rechtsextremisten in Rheinland-Pfalz in den Berichten des Verfassungsschutzes stößt vor Ort auf wenig Begeisterung. Hin und wieder haben Polizeibeamte in Zweibrücken der Einschätzung des Verfassungsschutzes öffentlich widersprochen, ebenso Oberbürgermeister Helmut Reichling. Der Stadtrat hat einmal sogar beschlossen, dass Zweibrücken keine Hochburg der Rechten sei.

Fakt ist indes, dass in der gesamten Südwestpfalz zwischen 2000 und 2006 27 rechtsextremistische oder

fremdenfeindliche Taten registriert wurden. Darüber hinaus führte die Justiz allein im Amtsgerichtsbezirk Zweibrücken 41 Verfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und 14 wegen Volksverhetzung.

Der „Nationale Widerstand“ Zweibrücken setzt sich im Kern aus 15 bis 20 Personen zusammen, die sich bei Veranstaltungen auffällig kleiden und frisieren. Insgesamt kann er im Stadtgebiet und den Dörfern der Umgebung rund 40 Personen mobilisieren. Die Gruppe steht in losem Kontakt zu NPD-Funktionären im Pirmasenser und Dahnener Raum und zu Gesinnungsgenossen im Saarland. Erst jüngst rückten die Neonazis aus dem Saar-Pfalz-Raum wieder in den Blickpunkt: An dem Aufmarsch von Rechtsextremisten am 14. Februar in Dresden und dem anschließenden brutalen Überfall auf Gewerkschafter auf einem Parkplatz bei Jena sollen sie beteiligt gewesen sein. In der Vergangenheit haben einige wegen ihrer Aktivitäten Verurteilte aus der Gruppe den Ausstieg und den Weg in ein bürgerliches Leben geschafft.